

Dr. Matthias Woisin

Jahrbuch für öffentliche Finanzen

Wortbeitrag 13. Workshop Leipzig 18.9.2020

Wiederentdeckung der Finanzpolitik. Zweite Folge.

Vor wenigen Wochen haben wir in Hamburg eine kleine Anleihe über 250 Mio. € aufgelegt und damit, wie mir die zuständige Amtsleiterin sagte, etwa 5 Mio. € verdient. Die Reaktion ist immer noch ungläubiges Staunen. Seit der Finanzkrise 2009 haben wir das Phänomen der Niedrigzinsen und seit etwa 2015 sogar das der Null- bzw. Negativzinsen, mit dem die Ratio des wirtschaftlichen Kalküls von Kredit und Zins auf den Kopf gestellt wurde.

Vor zwei Jahren habe ich hier im workshop die These vertreten, dass unter Nullzinsbedingungen die Absenkung des Schuldenstandes schlicht unwirtschaftlich ist, weil damit keine nennenswerte Haushaltsentlastung zu erzielen ist. Statt Haushaltsüberschüsse auf diese Weise sinnlos zu verbrennen, habe ich für den offensiven Aufbau von rentierlichen Vermögenspositionen plädiert, ggfls. sogar kreditfinanziert. Der ehrwürdige Prof. Zimmermann warf mir u.a. deshalb eine „italienische Mentalität“ vor, was so ziemlich das Äußerste ist in unserem Kreis.

Haushalts- und Finanzpolitik kann diesen merkwürdigen zinslosen Finanzkapitalismus vielleicht nicht erklären. Aber – so möchte ich insistieren - man muss doch verlangen, dass sie geänderte Zeitumstände irgendwann zur Kenntnis nimmt, ihre neuen Chancen erkennt und sie offensiv nutzt. Ganz nebenbei sollte man von der Wissenschaft erwarten, dass auch sie ihre Dogmatik kritisch überprüft. Ein Jahrzehnt sollte wohl ausreichen.

Der Corona-Schock hat nun die Tür zu der neuen Normalität einen Spalt weit geöffnet. Stefan Koriath konfrontierte bei unserer Jahrbuch-Präsentation im Juni seine finanzpolitischen Gesprächspartner mit der Beobachtung, sie wirkten plötzlich „wie befreit“. Das traf das politische Grundgefühl - frei von der Fessel der Schuldenbremse. Selbst Unternehmensbeteiligungen sind kein Tabu mehr. So hat sich die Lufthansa ein 9-Milliarden-Ticket vom Bund besorgt. Und die Länder stehen dem kaum nach, seit die Bayerische Landesregierung am 24.4.2020 mit dem 2. Nachtrag im Landtag ihren BayernFonds durchgesetzt und mit einem Volumen von sagenhaften 46 Mrd. € ausgestattet hat. Aber es geht eben nicht um Vermögensbildung im Sinne selbstbewusster Ausweitung

des wirtschaftlichen Terrains des Gemeinwesens, sondern nur um uneigennützig stabilisierung von Unternehmen, die ihre Kreditwürdigkeit am Markt eingebüßt haben. Darin immerhin liegt eine Wiederentdeckung: Dass die Haushalts- und Finanzpolitik eine wirtschaftliche Stabilitätspflicht gegenüber der Gesellschaft hat. Soforthilfen, Kurzarbeitergeld, Investitionsprogramme, Steuerstundungen – allesamt Ausdruck des Stabilitätswillens. Neben den Infektionszahlen etablierten sich ad hoc neue – im Grunde alte – Indikatoren: Arbeitslosigkeit und Beschäftigung, gesetzliche Leistungen nach SGB, Insolvenzen.

In große ideologische Not geraten dabei die Bilder von der Nachhaltigkeit und den Generationen. Denn plötzlich fordert die Gegenwart ihr Recht. Es gibt eben im Gemeinwesen keine Generationen, sondern nur Jahrgänge. Jede Anstrengung ist gerechtfertigt, um ihnen allen in den nächsten sechs Wochen oder Monaten das Überleben zu sichern. Wer diese Gegenwart nicht besteht, muss sich um Nachhaltigkeit und Tragfähigkeit nicht mehr den Kopf zerbrechen.

Für diesen gesamtwirtschaftlichen Auftrag hatten wir früher einen Ort der politischen Koordinierung – den Finanzplanungsrat. Sein zentraler Indikator war die gemeinsame Ausgabensteigerungsrate für die öffentlichen Haushalte. Das Elend des Finanzplanungsrates begann, als Bundesfinanzminister Eichel seinem bayerischen Kollegen Falthaus auf den Leim ging und er sich auf eine Jahreszahl für den „ausgeglichenen Haushalt“ festlegen ließ. Dieses Jahr des Heils wurde fortan immer wieder verschoben – auch noch unter Steinbrück -, bis die Schuldenbremse ins Grundgesetz kam. Zweieinhalb Monate hat sie immerhin gehalten. Und schon haben wir eine Neuauflage dieser törichten Planjahrfestlegungen zur Frage: Ab wann und bis wann müssen die Coronaschulden getilgt sein? Fast so wie weiland 1973 auf der 10. Tagung des ZK der SED beschlossen wurde, bis spätestens 1990 die soziale Wohnraumfrage zu lösen. Aber eben nur fast, denn die avisierten Tilgungszeiträume gehen bis auf fünfzig Jahre. Eher so wie bei den Reparationsverpflichtungen nach dem Versailler Vertrag.

Für den Stabilitätsrat liegt hier die Chance, statt Planjahrfestlegungen geeignetere Indikatoren festzulegen. Ein gemeinsames Ausgabenziel käme dafür durchaus in Betracht. Auch Kreditvorgaben in zeitlicher Abhängigkeit vom Zinsniveau. Tilgung ab Zinswende. Oder in Abhängigkeit von einem Beschäftigungsniveau. Daran ließe sich auch lernen, was wir für „normal“ halten.

Ein weiteres Feld für eine aktive und koordinierte Finanzpolitik sehe ich bei den öffentlichen Investitionen. Hier hatten wir vor Corona bereits eine lebhaft Debatte, ob wir zur Goldenen Regel zurückkehren müssen. Heute zeigt sich drängender als bisher, wie diskussionsbedürftig unser Investitionsbegriff ist, der

jede Menge Beton und künftigen Elektroschrott abdeckt, nicht aber die Rekonstruktion eines leistungsfähigen Gesundheitsdienstes. Der besteht eben vorwiegend aus qualifiziertem Personal und weniger aus Beton und Asphalt.

Und ferner müssen wir uns dringend fragen, ob nicht Investitionen in unsere wirtschaftlichen Produktionsgrundlagen dringender sind als Parkettfußboden in Klassenräumen? Schon seit Jahren spart die Wirtschaft lieber statt zu investieren. Zuviel Shareholder-Value, zuviele Buy-backs, zuviel Bonus, zuviel Rentierskapitalismus und viel zu wenig zukunftsträchtige Ideen. Man hilft der Lufthansa nicht durch Neuasphaltierung von Landebahnen auf Regionalflughäfen. Aber vielleicht mit der originellen Produktidee eines zuverlässigen und menschenwürdigen Passagiertransports mit dazu geeigneten Flugzeugen und Betriebsabläufen. Genau dafür ließen sich die neuerworbenen Unternehmensbeteiligungen strategisch nutzen, um entsprechende Investitionspfade im Sinne des Gemeinwesens durchzusetzen. Meinethalben sogar nachhaltig.

Nachdem die Finanzminister den Umgang mit der „bazooka“ trainiert haben, ist jetzt der Griff zu zivilem Handwerkszeug gefragt.